

V0738/23

Maßnahmen zur Gewinnung von pädagogischem Personal in Kindertageseinrichtungen - Zwischenbericht zum aktuellen Stand in den Kindertageseinrichtungen und in der städtischen Mittagsbetreuung an Grundschulen in Ingolstadt (Referent: Herr Engert)

Antrag:

Der Zwischenbericht zum aktuellen Stand in den Kindertageseinrichtungen und in der städtischen Mittagsbetreuung an Grundschulen wird zur Kenntnis genommen.

Jugendhilfeausschuss	26.09.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Kultur und Bildung	04.10.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	17.10.2023	Bekanntgabe

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 04.10.2023

Herr Engert weist zum einen darauf hin, dass man die vorliegende Beschlussvorlage in den Ausschuss für Kultur und Bildung eingebracht habe, da der gesamte Bereich der nachschulischen Betreuung von dieser Thematik berührt werde. Zum anderen möchte er darauf hinweisen, dass sich einige Zahlen deutlich verbessert haben, seitdem die Beschlussvorlage erstellt worden sei. So seien bei der Kita-Platzkoordination aktuell nur noch 24 Kinder anstatt der in der Beschlussvorlage auf der Seite 3 aufgeführten 77 Kinder als unversorgt gemeldet. Von diesen 24 Kindern befinden sich sechs Kinder noch unter dem dritten Lebensjahr und 18 Kinder über dem dritten Lebensjahr. Ähnlich verhalte es sich auch mit den in der Beschlussvorlage angegebenen Zahlen zur Mittagsbetreuung, erklärt Herr Engert. Dort habe sich die Anzahl der Kinder, die sich auf der Warteliste für einen Platz in der Mittagsbetreuung befinden, von den auf der Seite 7 aufgeführten 156 Kinder auf aktuell nur noch 85 Kinder reduziert. Dies bedeute, dass mehr Kinder in die Mittagsbetreuung aufgenommen worden seien. In diesem Zusammenhang erklärt Herr Engert, dass man in der Statistik auf der Seite 7 der Beschlussvorlage lediglich die Schulen ausgewiesen habe, bei denen man eine Warteliste für die Mittagsbetreuung besitze. Im Stadtgebiet gebe es natürlich noch andere Schulen, an denen man eine Mittagsbetreuung anbiete. Für diese gebe es allerdings keine Warteliste, sodass sie in der angesprochenen Tabelle nicht erfasst seien. Im Allgemeinen besäße man bei den Schulen nicht nur ein Personalproblem, sondern an einigen Standorten auch ein nicht mehr überwindbares Raumproblem wie beispielsweise in der Grundschule Auf der Schanz oder auch in der Grundschule Oberhaunstadt. Selbst wenn also ausreichend Personal zur Verfügung stehen würde, könnte man nicht alle Kinder in die Mittagsbetreuung aufnehmen, da es die räumliche Situation nicht mehr zulasse. An dieser Stelle möchte Herr Engert auch einen Rechenfehler berichtigen, der sich in die Beschlussvorlage eingeschlichen habe. Dieser befinde sich auf der Seite 4 der Beschlussvorlage bei der Darstellung der Personalsituation zum 20.07.2023. Dabei betrage die Gesamtanzahl an fehlenden Ergänzungskräften nicht wie in der Vorlage angegeben 32, sondern 34 Ergänzungskräfte. Auch möchte Herr Engert betonen, dass es sich bei diesen Zahlen zu den fehlenden Fach- sowie Ergänzungskräften nur um eine Momentaufnahme handle, denn mit einigen hundert Mitarbeitern befinde sich dieser Bereich ständig in sehr großen Bewegungen. Die Situation, die das Personal und die Personalausstattung betreffe,

habe sich allerdings insgesamt zum jetzt begonnenen Kindergartenjahr sehr positiv entwickelt, führt Herr Engert aus.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass vor allen Dingen die Verbesserung der Situation im Kitabereich sehr erfreulich sei. Bei der Mittagsbetreuung an den Grundschulen merke man und so sei es auch in der Beschlussvorlage beschrieben, dass man dort zunehmend an die räumlichen und personellen Grenzen stoße. Dabei gehe Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll davon aus, dass der Bedarf an Mittagsbetreuungsplätzen in den kommenden Jahren eher zu- als abnehmen werde. Aus diesem Grund müsse man im Bereich der Mittagsbetreuung an Grundschulen möglichst vorausschauend planen.

In der vorliegenden Beschlussvorlage stehe unter anderem, dass die Springerstellen in den städtischen Kindertageseinrichtungen mit acht Erziehern, zwei Kinderpflegern und fünf Küchenkräften erweitert werden könnten, schildert Stadtrat Reibenspieß. Diesbezüglich würde ihn interessieren, ob es sich dabei um neue Stellen handle beziehungsweise woher diese weiteren Kapazitäten herkommen.

Frau Schmid erklärt, dass es sich bei diesen Springerstellen um keine neu geschaffenen Stellen handle. Indem von Stadtrat Reibenspieß zitiert wird Abschnitt der Beschlussvorlage werden alle Maßnahmen aufgelistet, die man in den letzten Jahren vorgenommen habe, um die Situation im Kitabereich zu bewältigen. Bei den von ihm aufgezählten Springerstellen handle es sich um Planstellen, die schon seit einigen Jahren im Stellenplan eingeplant gewesen seien. Diese Stellen habe man in den letzten Jahren allerdings leider nicht als Springerstellen besetzen können, sodass sie im festen Gruppeneinsatz verblieben seien. In der momentanen Zeit, in der sich die Situation entspanne, möchte man aber natürlich auch wieder Springer einsetzen, erklärt Frau Schmid.

Wenn man nun den aktuellen Stand der Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt zum 20.07.2023 mit insgesamt 58 fehlenden Fach- und Ergänzungskräften hernehme und diesen mit den Zahlen vom 01.02.2022 vergleiche, dann lasse sich erkennen, dass man 33 Fach- und Ergänzungskräfte habe dazugewinnen können, führt Stadtrat Reibenspieß aus. In diesem Zusammenhang möchte er in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen für diese Personalgewinnung besonders wirksam gewesen seien.

Aufgrund einer wirklich guten Nachfrage habe man feststellen können, dass die Maßnahmen gegriffen haben, erklärt Herr Engert. Welche Maßnahme dabei am meisten dazu beigetragen habe, könne man allerdings nur schwer beantworten. Herr Engert ist jedoch der Ansicht, dass die durch den Stadtrat beschlossene Arbeitsmarktzulage eine gewisse Rolle gespielt habe. Denn in einer Zeit, in der es finanziell bei vielen schwierig aussehe und viele Menschen in der Sorge leben, wie sich die finanzielle Situation angesichts der Inflation weiterentwickle, stelle das Gehalt ein besonderes Kriterium bei der Stellensuche dar, so Herr Engert. Nichtsdestotrotz ist die Verwaltung der Meinung, dass die Maßnahmen als Bündel gewirkt haben.

Stadträtin Hagn berichtet, dass damals die Probleme im Bereich der Kindertageseinrichtungen auch an die Ausschussgemeinschaft FDP/JU herangetragen worden seien. Deshalb sei es sehr erfreulich, dass sich die Zahlen in den städtischen Kindertageseinrichtungen inzwischen so positiv entwickelt haben. Beim Durchlesen der vorliegenden Beschlussvorlage falle allerdings auf, dass es bei den Einrichtungen der freien Träger so gut wie keine Verbesserung beziehungsweise sogar eine Verschlechterung gebe. Da die Stadt Ingolstadt auch für die freien Träger die Arbeitsmarktzulage bezahle, möchte Stadträtin Hagn in Erfahrung bringen, ob es eine Erklärung dafür gebe, warum sich die Zahlen bei den freien Trägern nicht verbessern. Denn ansonsten müsse sie den Rückschluss ziehen, dass nicht nur die Arbeitsmarktzulage alleine für die Verbesserung der Zahlen gesorgt habe, sondern die anderen beschlossenen Maßnahmen auch ihren Beitrag dazu geleistet haben.

Herr Engert berichtet, dass man auch die anderen Maßnahmen wie zum Beispiel die Werbemaßnahmen gemeinsam mit den freien Trägern umsetze. Insofern handle es sich sowohl bei den städtischen Einrichtungen als auch bei den freien Trägern um dasselbe Maßnahmenbündel.

Wie Herr Engert bereits richtig ausgeführt habe, werden alle Maßnahmen auch für die freien Träger angeboten, erklärt Frau Schmid. Dies sei zwar sehr ungewöhnlich, aber man wolle nie die städtischen Einrichtungen gegen die der freien Träger ausspielen. Vielleicht gebe es aber auch ein anderes Thema, das die städtischen Einrichtungen momentan etwas stärker bei den Bewerbern auszeichne, so Frau Schmid. Bei der Stadt Ingolstadt handle es sich mit inzwischen 44 Einrichtungen nämlich um einen sehr großen Träger. Dies bedeute, dass man von der Kinderkrippe über den Kindergarten bis hin zum kooperativen Ganztage extrem viele Modelle anbieten könne. Darüber hinaus sei man auch im Einstellungsprozess sehr schnell geworden. Vielleicht könne die Stadt Ingolstadt im Vergleich zu einem freien Träger auch flexibler auf die Wünsche der Bewerber, beispielsweise hinsichtlich der Stundenanzahl, eingehen, erläutert Frau Schmid.

Stadtrat Reibenspiß führt aus, dass Frau Schmid in ihren Ausführungen den bewerbungsbeziehungsweise Einstellungsprozess angesprochen habe. Hierzu würde ihn interessieren, wie man es geschafft habe, dieses Verfahren zu beschleunigen.

Frau Schmid schildert, dass man aufgrund der im letzten Jahr aufgetretenen Probleme das Verfahren sehr beschleunigt und digitalisiert habe. Nach dem neuen Verfahren bewerben sich die Bewerber nun digital über ein Bewerbungsportal. Der im Amt für Kinderbetreuung und -bildung zuständige Sachbearbeiter habe daraufhin einen sofortigen Zugriff auf die Bewerbung und könne mit den Bewerbern sehr schnell Kontakt aufnehmen. Zusätzlich bestehe die Möglichkeit, die entsprechende Leitung der Kita per Videokonferenz kurzfristig zuzuschalten, um gemeinsam zu erörtern, ob der Bewerber geeignet sei oder nicht. Darüber hinaus habe sich inzwischen auch die Schnittstelle zum Personalamt sehr stark verbessert, sodass man im Falle eines geeigneten Bewerbers innerhalb einer Woche entsprechend alle Unterlagen vorbereiten könne. Der Bewerber müsse dann nur noch sein Führungszeugnis vorlegen, erklärt Frau Schmid. Insofern verlaufe der Einstellungsprozess im Vergleich zur Vergangenheit, in der man sich etwas bequemer präsentiert habe, viel schneller. Vielleicht zeichne sich die Stadt Ingolstadt auch durch dieses schnellere Vorgehen inzwischen als ein attraktiver Arbeitgeber aus.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass es immer hilfreich sei, wenn man Verfahren beschleunigt und verschlankt. Dem Punkt von Frau Schmid, dass sich die Stadt Ingolstadt mit einem solchen Verfahren als eine attraktive Arbeitgeberin auszeichnen könne, pflichtet sie bei.

Herr Engert erwähnt, dass die Schnelligkeit beim Einstellungsprozess entscheidend sei, um ans Ziel zu kommen. Oft können nämlich die Bewerber unter mehreren Stellen auswählen. Desto schneller ein Träger reagiere, umso besser stehen dann seine Chancen beim Bewerber. Dies bedeute, dass sich die Chance auf eine Zusage seitens des Bewerbers erhöhe, wenn man das Einstellungsangebot sofort unterbreite und eben nicht noch zwei Monate damit warte.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung nehmen den Zwischenbericht zur Kenntnis.